

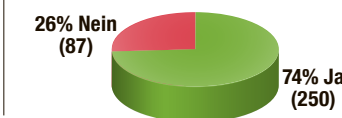
Frage des Tages

Nehmen Ärzte in der Region unnötige operative Eingriffe vor?

Das Gesundheitsdepartement will beweisen, dass unnötig operiert wird. Denken Sie, das ist der Fall? www.baz.ch

Das Ergebnis der Frage von gestern:

Kennen Sie die im Rhein lauernenden Gefahren?



Basel geht gegen unnötige OPs vor

Behörden wollen nicht mehr zulassen, dass Ärzte auf Kosten der Patienten abkassieren

Von Joël Hoffmann

Basel. Nicht alle Patienten in der Schweiz, die eine Hüft- oder Knieprothese erhalten, benötigen diese wirklich. Oft wird zu früh operiert oder überhaupt unnötig. Einige Patienten haben mit ihrer Prothese keinen Nutzen oder gar eine Verschlechterung ihrer Beweglichkeit. Gegen solche unnötigen OPs gehen nun die Basler Gesundheitsbehörden vor. Zusammen mit der Universität Bern wird das Gesundheitsdepartement ab 2017 die Knie- und Hüftprothesen-OPs von regionalen Spitälern unter die Lupe nehmen. Das Ziel ist es, fehlbare Ärzte zu ermitteln und vor allem unnötige OPs zu verhindern.

Die Statistiken sprechen eine besorgniserregende Sprache: Die Schweiz liegt gemäss einer Studie der OECD beim Hüftgelenkersatz weltweit auf Platz eins vor Deutschland, Österreich und Norwegen. Die Schweiz kommt auf 306 Operationen pro 100 000 Einwohner – der von der OECD errechnete Durchschnitt liegt bei 160 Eingriffen. Auch beim Knieersatz liegt die Schweiz weit vorne. Sie belegt hinter den USA, Österreich und Deutschland Platz vier mit 205 Eingriffe pro 100 000 Einwohner. Der OECD-Durchschnitt liegt auch hier weit tiefer bei 119 Knieersatz-Operationen.

Hoher Leidensdruck in Basel

Rein statistisch betrachtet sind diese Zahlen ein deutlicher Hinweis darauf, dass unnötig operiert wird. Orthopädische Operationen sind besonders lukrativ, weil sie oft plan- und berechenbar sind. Insbesondere Halbprivat- und Privatpatienten spülen mächtig Geld in die Kassen der Spitäler und in die Honorartöpfe der Chefärzte. Dieser Fehlanreiz mag zwar schweizweit ein Problem sein, da stationäre Spitalaufenthalte zu 55 Prozent vom Kanton und zu 45 Prozent von der Krankenkasse bezahlt werden, doch insbesondere in der Region Basel ist der Leidensdruck gross.

Die Folgen dieses Systems zeigt die Belastung für die Region: Basel hat die höchsten Krankenkassenprämien der Schweiz. Das Baselbiet folgt nicht weit dahinter. Durchschnittlich bezahlen wir 496 Franken pro Monat. Das hat seinen Grund: Wir leben in einer Region mit der höchsten Ärztedichte und der höchsten Hospitalisierungsrate. 27 Spitäler gibt es, 2689 Ärzte und 111 000 Spitalaustritte im Jahr.

Nun will Basel-Stadt als erster Kanton überprüfen, ob die Zahl der Hüft- und Knieprothesen angemessen ist, oder ob eine Über-, Unter- oder eine



Lukratives Geschäft. Die Behörden glauben, dass Ärzte wegen des Geldes allzu rasch Hüftgelenke ersetzen. Foto Keystone

Fehlversorgung vorliegt. Die Statistiken lassen zwar auf unnötige OPs schliessen, doch den Beweis kann erst eine Langzeitstudie erbringen.

Die Studie soll an ein Register gekoppelt werden und den medizinischen Nutzen für den Patienten messen. Untersucht wird, ob die Gelenkfunktion besser wurde und ob die Lebensqualität zu- oder abnahm. Zwar gibt es bereits ein Prothesenregister, das lediglich die Lebensdauer der Implantate ermittelt, doch neu ist, dass die Sicht des Patienten in der zunächst dreijährigen Messphase bis 2020 erfasst wird.

Analyse mit der Uni Bern

Die Basler Behörden arbeiten mit dem Institut für Evaluative Forschung der Medizin der Universität Bern zusammen. Dieses externe Institut wird anhand von speziellen Patienten-Fragebögen seine Auswertungen unabhängig vom Operateur vornehmen. Gemessen werden Schmerzintensität, Funktion, Zufriedenheit und Lebensqualität der Patienten vor der OP sowie sechs Monate oder 24 Monate danach. Für statistisch klare Aussagen

benötigt die Studie jeweils 800 Knie- oder Hüftpatienten. Die Studie wird Rückschlüsse auf das Spital bis zum Operateur zulassen. Bei der Frage nach Repressionen für fehlbare Ärzte gibt sich das Basler Gesundheitsdepartement auf Anfrage zurückhaltend: «Bei auffallenden Ergebnissen wird der Kontakt gesucht, werden die Ergebnisse diskutiert und daraus verpflichtende Massnahmen abgeleitet.» Dieses Vorgehen ist bei Qualitätsproblemen üblich. Das dürfte jedoch nur der erste Schritt sein, denn diese Patientenbefragungen könnten beispielsweise in die Prüfverfahren der Krankenkassen einfließen. Jedenfalls ist diese Messung der Indikationsqualität durch die Behörden neu, obwohl diese bisher in qualitativer Hinsicht quasi blind Leistungsaufträge an die Spitäler erteilt haben. Das Gesundheitsdepartement schaut künftig also den Chirurgen genauer auf die Finger.

Der Druck auf die Ärzte wird sicherlich zunehmen, denn die Ergebnisse sollen gemäss Gesundheitsdepartement öffentlich gemacht werden. «Falls in Zukunft unnötige Operationen verhindert werden könnten, trägt dies zur Ein-

dämmung von Kosten bei», so die Behörden. Zudem sollen Risiken für die Patienten verkleinert werden. Denn jede OP birgt Gefahren, die Behörden wollen die Patienten nicht mehr unnötigen Risiken aussetzen.

Baselland wird sich anschliessen

Das Baselbiet wird sich im Laufe des nächsten Jahres dem Projekt anschliessen. Das ist auch nur konsequent, denn beide Basel haben bereits im März bekannt gemacht, dass sie im Bereich Qualitätsmonitoring zusammenarbeiten werden, wodurch nun bereits auch die Baselbieter Spitäler im Projekt berücksichtigt werden – ob privat oder öffentlich-rechtlich.

In Basel ist die Merian Iselin Klinik auf Orthopädie spezialisiert. Das Privatspital begrüsst das Programm. Qualität und Patientenzufriedenheit sei für das Spital «matchentscheidend». Zudem habe man bereits verschiedenen Kontrollmechanismen gegen unnötige OPs.

Erste Erkenntnisse darüber, ob und wo unnötig auf Kosten der Patienten, Steuer- und Prämienzahler operiert wird, liegen erst 2020 vor.

Sechs Jahre gefordert

Bundesanwaltschaft stellt Strafantrag gegen Behring

Bellinzona. Die Bundesanwaltschaft (BA) hat gestern Freitag für den «Börsenguru» Dieter Behring eine Freiheitsstrafe von sechs Jahren und neun Monaten beantragt. Dem Angeklagten wird gewerbsmässiger Betrug und qualifizierte Geldwäscherei vorgeworfen.

Der Staatsanwalt bezeichnete Behring als uneinsichtig. Der Angeklagte sei ein selbstgefälliger «Börsenguru», der die Verantwortung immer auf andere abschiebe.

Hinsichtlich der Verjährung führte der Staatsanwalt aus, dass alle deliktischen Taten seit der Errichtung des Systems Behring als eine Tat zu betrachten seien. Damit beginne die Verjährungsfrist von 15 Jahren erst nach der Begehung der letzten Tatenheit zu laufen. Es handle sich schliesslich nicht um mehrfache Betrüge, sondern um einen gewerbsmässigen Betrug. Allen Taten liege ein einheitlicher Wille zugrunde.

58 Beschwerden von Behring

Die lange Verfahrensdauer begründete der Staatsanwalt unter anderem mit der Komplexität des Falls. Weder der Kanton Basel-Stadt, noch der Kanton Zürich hätten das Verfahren übernehmen wollen. Der Wechsel in der Verfahrensführung bei der Bundesanwaltschaft sei in diesem Fall im Sinne des Beschleunigungsgebots getätigt worden. Ein Mitverschulden treffe aber auch Behring selbst. Der Angeklagte habe insgesamt 58 Beschwerden eingereicht. Gerade mal zehn Prozent davon seien gutgeheissen worden.

Der Staatsanwalt zeigte in seinem Plädoyer anhand von Beispielen auf, wohin die Gelder der Investoren flossen und wer die Verfügungsmacht über die Konten ausübte. Unter den vom Staatsanwalt genannten Akten stand immer wieder die Unterschrift Behrings. Er habe die Herrschaft über die Konten gehabt und ausgeübt.

Mit Geldeinlagen Löcher gestopft

Die Analyse der Geldflüsse durch die BA hat gemäss Staatsanwalt gezeigt, dass die Gelder nicht direkt in Tradings flossen. Nur mit jenen Beträgen, die Behring auf seine Konten oder die seiner Frau überwiesen hatte, sei tatsächlich gehandelt worden. Zudem wurde noch Geld für Managed Accounts überwiesen. Insgesamt handelte es sich dabei um 50 Millionen Franken und damit um einen kleinen Anteil der einbezahlten Gelder. Alles sei von Anfang an auf ein Umlageverfahren ausgelegt gewesen. Mit dem eingehenden Geld seien jeweils Löcher gestopft worden.

Der 61-jährige Dieter Behring, der heute im Fricktal lebt, soll zwischen September 1998 und Oktober 2004 gewerbsmässig Anleger betrogen haben. Die rund 2000 Geschädigten sollen insgesamt 800 Millionen Franken verloren haben. sda

Verschneupause für Wessels und Dürr

Wegen den Wahlen fällt der nächste Abstimmungstermin aus

Von Jonas Hoskyn

Basel. Am 23. Oktober werden im Kanton die Regierung und das Parlament neu gewählt. Knapp einen Monat zuvor ist einer der vier jährlichen Abstimmungstermine. Auf der politischen Agenda stehen vor allem linke Themen: die Initiative für eine Grüne Wirtschaft, die Initiative AHVplus der SP und das Referendum über das Nachrichtendienstgesetz. Kantonale Themen werden am 25. September angesichts der zeitlichen Nähe zu den Wahlen absichtlich keine angesetzt.

Dabei würden bei der Staatskanzlei einige brisante Initiativen auf dem Pult liegen. Vor allem Bau- und Verkehrsdirektor Hans-Peter Wessels (SP) und Justiz- und Sicherheitsdirektor Baschi Dürr (FDP) dürften nicht unglücklich über den ausfallenden Abstimmungstermin sein. Bei beiden werden heikle Entscheidungen so auf die Zeit nach den Wahlen geschoben.

Das Thema Verkehr entwickelte sich in den letzten Jahren zum Aufreger Nummer 1 in der Stadt. Aktuell versuchen zwei Volksbegehren Druck auf die

Regierung auszuüben: Die Zweirad-Initiative und die Veloring-Initiative. In letzterer fordert Pro Velo eine zusammenhängende Route durch die Aussenquartiere, auf der die Fahrräder Vortritt haben. Die Zweirad-Initiative dagegen kommt aus den Reihen der Jungen CVP und verlangt, dass die geplanten Roller-Parkgebühren wieder abgeschafft werden.

Polizeiposten Riehen retten

Auch in Riehen ist eine Initiative hängt, bei der ein emotionaler Abstimmungskampf programmiert ist. Mit der Sicherheits-Initiative will die SVP erreichen, dass der Rieherer Polizeiposten künftig wieder rund um die Uhr besetzt ist. Im Rahmen der Entlastungsmassnahmen ist der Polizeiposten seit vergangener November nur noch zu Bürozeiten geöffnet. Zu den übrigen Zeiten wird Riehen vom Claraposten aus abgedeckt. Schon länger kritisiert die SVP, dass die Initiative absichtlich verzögert werde, da eine Diskussion vor den Wahlen Justiz- und Sicherheitsdirektor Baschi Dürr (FDP) bei den Wählern Sympathien kosten könnte.

Doch das Abwarten hat laut dem Rieherer Abteilungsleiter Publikums- und Behördendienste Patrick Breitenstein andere Gründe: «Parallel zur Initiative läuft die Beantwortung eines Anzugs im Einwohnerrat», sagt er. Dieser fordert einen Bericht nach einem Jahr, welcher im kommenden Herbst erwartet wird. «Der Bericht ist Bestandteil für eine fundierte Antwort», sagt Breitenstein.

Insgesamt sind fünf kantonale Initiativen zustande-, aber noch nicht vors Volk gekommen. Und neben der Veloring- und der Zweirad-Initiative dürften auch die weiteren drei für hitzige Diskussionen sorgen. Etwa das Anliegen «Nachhaltige und faire Ernährung» der Kleinorganisation Sentience Politics. Die Initiative will vegane und vegetarische Gerichte pushen – vom Kochunterricht in der Schule bis zur Gefängnis-Mensa. Das Begehren dürfte zwar chancenlos sein, aber angesichts des Themas darf ein leidenschaftlicher Abstimmungskampf erwartet werden.

Ebenfalls nicht zu unterschätzen ist die erste Initiative der GLP, mit der sie die Ruhegehälter von ehemaligen

Regierungsmitgliedern kürzen will. Die Grünliberalen waren mit diesem Vorschlag zuvor mehrfach im Grossen Rat abgeblitzt.

Erneuerbare Energien

Grundsätzlich muss eine formulierte Initiative eineinhalb Jahre nach der Einreichung zur Abstimmung vorgelegt werden – falls es einen Gegenvorschlag gibt, nach zwei Jahren. Von den fünf Initiativen sind vier noch im Zeitplan. Am längsten eingereicht ist die Initiative «Basel erneuerbar», die fordert, dass der Energieverbrauch im Kanton ab 2050 nur noch auf Basis von nachhaltigen, erneuerbaren Energien gedeckt werden darf. Sie kam Ende Oktober 2014 offiziell zustande. Damit müsste eigentlich spätestens diesen Herbst darüber abgestimmt werden.

Allerdings hat das Initiativkomitee sein Einverständnis für eine Verlängerung der Frist gegeben, nachdem die Regierung angekündigt hatte, ihren Gegenvorschlag ins totalrevidierte Energiegesetz einzubauen. Dieses soll nun in Ruhe vom Basler Parlament beraten werden können.

ANZEIGE

Sonnige Aussichten.
Schneider.
Andrea Bertschi

Optik Schneider AG
Spalenring 15, 4055 Basel
Telefon 061 381 91 91
www.optik-schneider-basel.ch

OPTIK SCHNEIDER BASEL